

Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel
(versandt wurde die rote Kandidaten-Version)

Was muss sich an den Hochschulen ändern, damit sie zu einer demokratischen, zivilen und sozialen Gesellschaftsentwicklung beitragen? Sollen Zivilklauseln – also die zivile Orientierung der Wissenschaft – auf Hochschul-, Landes- und Bundesebene verankert werden?

Hochschulen sind ein prägender und umfassender Bestandteil des Lebens von Studierenden und sind deswegen als ihr Lebensraum zu begreifen, dessen Gestaltung und Nutzung ihnen stets offen stehen muss. Daher spielt die Mitwirkungsmöglichkeit der Studierenden eine große Rolle für uns. Wie in anderen Politikfeldern auch halten wir die Mitsprachemöglichkeit der Betroffenen an den Entscheidungsfindungen ihres Lebensbereiches für ausgesprochen wichtig. Zur Frage, wie weit die Mitbestimmung reicht oder wie die Entscheidungsprozesse im Details gestaltet werden sollen, gibt es über unsere Landesverbände hinweg noch kein einheitliches Konzept. Das kann auf gewohnte Weisen, bei Treffen und in Anhörungen, geschehen. Wir finden es aber auch wichtig, persönlich die Interessenvertretungen aufzusuchen sowie neue Formen der Beteiligung wie mit unserem Partizipationswerkzeug "LiquidFeedback" zu nutzen. Solche Veränderungen sind unserer Meinung nach notwendig, damit Hochschulen zu einer demokratischen, zivilen und sozialen Gesellschaftsentwicklung beitragen können.

In der Partei gab es eine Initiative für eine Zivilklausel, die die Hochschulen dazu verpflichtet, ausschließlich für zivile und friedliche Zwecke zu forschen und zu lehren. Diese Initiative erreichte nicht die erforderliche Mehrheit, nachdem Mitglieder argumentierten, dass mit zunehmender IT-Lastigkeit der Rüstungsforschung auch Forschungsgebiete wie die Mathematik oder Informatik in den Wirkungsbereich einer Zivilklausel fallen können. So fällt etwa in den USA Kryptographie bereits unter das Waffengesetz. Spätestens im Angesicht der Überwachungsskandale ist aber deutlich geworden, wie wichtig die Forschung und der öffentliche Zugang zu kryptographischen Verfahren ist. Wir sehen Universitäten auch als einen Ort möglicher Gegenöffentlichkeit, die helfen können, ein starkes Wissensungleichgewicht zwischen Bevölkerung und Regierung oder Bevölkerung und Unternehmen zu verhindern. Eine Zivilklausel empfinden wir daher als in der Intention sehr sympathisch, aber nicht mehr zeitgemäß. Wir haben allerdings einen anderen Lösungsvorschlag für das eigentliche Problem: Wir wollen, dass alle mit öffentlichen Geldern finanzierten Forschungsergebnisse gebührenfrei der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden müssen ("Open Access"). Wir gehen davon aus, dass sich das Problem damit ein Stück weit von selbst erledigt, da Rüstungsforschung, deren Ergebnisse allen überall auf der Welt gebührenfrei über das Internet zur Verfügung stehen, weitestgehend hinfällig wird. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass zur Kriegführung bestimmte Waffen in Deutschland weder hergestellt, noch befördert oder in Verkehr gebracht werden dürfen.

Mikes Antwort:

Unser Lösungsvorschlag für das zugrundeliegende Problem ist Open Access: Alle mit öffentlichen Geldern finanzierten Forschungsergebnisse müssen gebührenfrei der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Damit erledigt sich das Problem von selbst, da Rüstungsforschung, deren Ergebnisse allen überall auf der Welt gebührenfrei über das Internet zur Verfügung stehen, weitestgehend hinfällig wird. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass zur Kriegführung bestimmte Waffen in Deutschland weder hergestellt, noch befördert oder in Verkehr gebracht werden dürfen.

Generell ist mehr studentische Mitbestimmung notwendig. Wir erwarten, dass dadurch Forschungen im Bereich der Rüstung weiter zurückgehen. Eine Aufhebung des Kooperationsverbots würde

zudem eine verbesserte Finanzierung der Universitäten ermöglichen, sodass diese nicht mehr Drittmittel aus der Rüstungsindustrie einwerben müssten.

Bei unseren internen Diskussionen wurde argumentiert, dass mit zunehmender IT-Lastigkeit der Rüstungsforschung, auch Forschungsgebiete wie die Mathematik oder Informatik in den Wirkungsbereich einer Zivilklausel fallen können (z.B wäre aktuell die Kryptographie betroffen). Sie erscheint uns daher in der Intention sehr sympathisch, wäre aber nicht mehr zeitgemäß.

Rechtfertigen Arbeitsplätze Rüstungsproduktion?

Nein. Wir Piraten treten dafür ein Frieden und Menschenrechte global zu stärken. Deutschland darf sich nicht an der Produktion von Rüstungsgütern beteiligen, wenn dieses Ziel dadurch gefährdet wird.

Mikes Antwort:

Wie gesagt, können zivile technologische Entwicklungen auch militärische Fortentwicklung erfahren (Beispiel Airbus). Die Fortführung von Rüstungsproduktion und Forschung nur um Arbeitsplätze zu erhalten scheint uns nicht sinnvoll.

Durch die Aufklärungsaktivitäten der Friedensbewegung ist die Politik des automatisierten Tötens durch Kampfdrohnen weltweit in Frage gestellt. Wirkt Ihre Partei für die internationale Ächtung von Kampfdrohnen und wenn ja, wie wollen Sie diese Bemühungen intensivieren?

Für uns Piraten ist der forcierte Einsatz von Drohnen innerhalb der EU-Sicherheitsarchitektur Ausdruck einer fatalen Fehlentwicklung. Abgesehen von eng definierten absoluten Ausnahmefällen lehnen wir Piraten den Einsatz von Drohnen in der Europäischen Union grundsätzlich ab. Zu Kampfdrohnen haben wir bisher leider noch keinen bundesweiten Beschluss. Einzelnen Landesverbände sprechen sich aber gegen den Einsatz von Kampfdrohnen aus.

Mikes Antwort:

Ausgehend von einem niedersächsischen Beschluss setzen wir uns für ein weitestgehendes Verbot von Drohnen aller Art ein. Zu Kampfdrohnen haben wir bisher leider noch keinen bundesweiten Beschluss. Einzelnen Landesverbände sprechen sich aber bereits gegen den Einsatz von Kampfdrohnen aus. Lediglich im Fall der Katastrophenhilfe sehen wir eine Berechtigung für ihren Einsatz. Wir werden auf die Bundesregierung dahingehend einwirken, ein internationales Abkommen über die Ächtung von Kampfdrohnen zu initiieren und zu unterzeichnen. Für uns Piraten ist schon der forcierte Einsatz von Drohnen innerhalb der EU-Sicherheitsarchitektur Ausdruck einer fatalen Fehlentwicklung. Abgesehen von eng definierten absoluten Ausnahmefällen lehnen wir Piraten den Einsatz von Drohnen in der Europäischen Union grundsätzlich ab.